

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 126. Ratssitzung vom 16. Dezember 2020

3387. 2019/52

Postulat von Alexander Brunner (FDP), Pablo Büniger (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 30.01.2019:

Systematische Erfassung der Entwicklungen im Sexgewerbe, die durch die Digitalisierung ausgelöst werden sowie Bericht über die künftige Anpassung der Strategie des Sozialdepartements

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Alexander Brunner (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 884/2019): Im Postulat geht es um die digitale Transformation. Sie wurde durch Corona beschleunigt – von Shopping über ZVV-Apps bis Zoom-Calls. Spannend ist, dass es nicht überall offensichtlich ist, wo Digitalisierung stattfindet. Einer dieser Orte ist das Rotlichtmilieu, das Sexgewerbe. Dort ist die Digitalisierung bei der Zunahme von Online-Plattformen sichtbar. Es gibt mittlerweile Channels, mit denen man sich mit Konsumenten in Verbindung bringen kann; es gibt diverse Onlineplattformen, wo ganz neue Geschäftsmodelle entwickelt werden. Es gibt eine Entwicklung weg vom klassischen Strassenstrich zu neuen digitalen Formen. Es gibt neue Geschäftsmodelle, die auch in kleineren Formen existieren und viel eigenverantwortlicher sind oder solche, bei denen neue, innovative Konzepte zum Zug kommen. Spannend ist, dass bei der Diskussion mit dem Sozialdepartement die Antwort kommt, dass bekannt ist, dass dies geschieht, aber dass es sehr schwierig ist zu messen, was genau geschieht. Das kommt daher, dass bei den Angeboten, die historisch gesprochen vom Sozialdepartement unterstützt werden, die klassische, physisch aufsuchende Arbeit im Vordergrund steht. Ob das der Strichplatz in Altstetten ist oder an der Langstrasse oder an den anderen offiziellen Strichplätzen. Alle Organisationen, mit denen wir sprachen, fokussieren sich auf den Aspekt des Aufsuchens, weil das in der Vergangenheit stets dort war, wo das Sexgewerbe angetroffen wurde. Es gibt auch die Kontaktbars und andere Orte, an denen man sich offiziell und inoffiziell treffen kann. Gleichzeitig gibt es sehr viel mehr Plattformen im Internet, auf denen diverse Dienstleistungen gefunden werden können. Die Frage zumindest aus meiner Sicht ist auch stets, ob das etwas Gutes oder Schlechtes ist. Der Frauenhandel ist immer ein Thema, das beim Sexgewerbe aufkommt. Tatsache ist, dass man es schlichtweg nicht weiss. Das bewegte mich immer wieder zum Stirnrunzeln und ist der Grund, warum ich das Postulat einreichte. Es ist eine einfache Forderung: Das Sozialdepartement soll eine Datengrundlage schaffen, da wir keine Daten haben. Darum haben wir auch kein Wissen darüber, ob es eine positive oder negative Entwicklung gibt. In der Diskussion überraschte mich stets, wenn man eine passive Haltung gegenüber dem Thema hat. STR Raphael Golta etwa sagte, dass man nicht weiss, was läuft und man schaut, was die Organisationen zu ihnen bringen. Es seien neue Vorschläge und Ideen, aber aktiv gehen sie das Thema nicht an. Er sagte auch, dass die Sexarbeiterinnen oft*

nicht über digitale Kanäle erreichbar seien. Ich bin mir jedoch sicher, dass sie digitalaffin sind. Auch an den wenigen Orten, an denen es heute noch Strassenstriche gibt, hat jede Prostituierte ein Smartphone. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, auch in diesem Bereich die Digitalisierung anzugehen, da es auch Auswirkungen in Bereichen hat, in denen Menschen zu Schaden kommen können. Wir fordern eine solide Datenbasis: Man soll mit der Suche beginnen, auch wenn das anfangs vielleicht nicht einfach ist. Das Postulat soll für einen Ruck im Sozialdepartement sorgen, im Rotlichtmilieu vermehrt dem blauen Schimmer der Smartphones oder der Computermonitore nachzugeben. Abzuwarten und Daumen zu drehen, bis jemand etwas präsentiert, ist zu wenig.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Ich begründe die Ablehnung, weil ich die Fachkommission Prostitutionsgewerbe leite. Die Digitalisierung ist auch im Sexgewerbe Realität und der Stadtrat ist sich der Problematik durchaus bewusst. Sexarbeitende bieten ihre Dienstleistungen vermehrt online an. Ihre Erreichbarkeit für Präventionsangebote und soziale Beratungen ist in der digitalisierten Zeit eine grosse Herausforderung. Die mit dem Sexgewerbe befassten Departemente, das Sicherheits-, das Sozial- sowie das Gesundheits- und Umweltdepartement, setzten eine Arbeitsgruppe ein, die sich vertieft mit der Digitalisierung des Sexgewerbes befasst. Basierend auf einer Situationsanalyse sollen mögliche Massnahmen für einen verbesserten Zugang für Präventionsmassnahmen erarbeitet werden. Eine systematische Erfassung der quantitativen Entwicklung im Sexgewerbe ist nicht möglich. So gibt es beispielsweise keine genauen Zahlen zur Anzahl der Sexarbeitenden in der Schweiz oder in Zürich. Das Sexgewerbe ist durch eine hohe Fluktuation geprägt. Die Sexarbeitenden sind mobil und ein Teil des Gewerbes befindet sich im Dunkeln. Das ist der Grund, weshalb wir das Postulat ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Simone Brander (SP): *Mit geht es ähnlich, wie es Patrik Maillard (AL) heute Abend bereits einmal ging. Ich hörte zwar Alexander Brunner (FDP) genau zu und las den Vorstoss mehrmals, aber leider verstehe ich immer noch nicht, welches Problem der Vorstoss lösen will und was aus Sicht der FDP eine Lösung dafür wäre. So neu wie das Postulat suggeriert, scheinen mir die Entwicklungen in der Digitalisierung im Sexgewerbe nicht zu sein. Auch in der Vergangenheit fanden Anbahnungen oft über das Internet statt und das Phänomen der Pop-up-Salons und der Escortdienstleistungen sowie den städtischen Umgang damit diskutierten wir bereits im Jahr 2011, als wir das erste Mal die Prostitutionsgewerbeverordnung behandelten. Auch bezweifle ich, dass die Stadt eine Rechtsgrundlage hat, eine solche Datensammlung zu erheben. Ich weiss nicht, was für ein Überwachungsstaat im Sexgewerbe sich Alexander Brunner (FDP) vorstellt. Mir ist unklar, welches Problem mit einer solchen Datensammlung gelöst werden kann. Im Moment haben wir im Sexgewerbe ganz andere Probleme. Der Regierungsrat verhängte ein Arbeitsverbot für Sexarbeitende. Selbstverständlich braucht es dringend Massnahmen, um die hohen Corona-Fallzahlen endlich in den Griff zu bekommen und das Spitalpersonal von der kompletten Überlastung zu schützen. Aber der Ar-*

beitsverbot-Entscheid ist nicht faktenbasiert. Es gibt nämlich keine Zahlen zu den Ansteckungen im Sexgewerbe; das basiert auf Annahmen, Verurteilungen und Mutmassungen zur Sexarbeit. Sexarbeit sei von Abhängigkeiten und Illegalität geprägt, sagt der Regierungsrat. Es gibt Illegalität und Ausbeutung in der Sexarbeit – wie es dies auch in anderen Branchen gibt, beispielsweise in der Textilbranche oder in der Landwirtschaft. Menschen in diesen Situationen brauchen jetzt und längerfristig Unterstützung. Wir müssen Ausbeutung bekämpfen in der Sexarbeit und in allen anderen Gewerben. Verbote sind dafür das falsche Mittel. Ein Verbot prekarisiert auch diese, die bisher selbstständig und auf eigene Rechnung arbeiteten. Fachleute sind sich einig, dass das Verbot dazu führt, dass die sich prostituierenden Personen von den Freiern ausgenützt und unter Druck gesetzt werden. Aufgrund des aktuellen Arbeitsverbots braucht es für die Betroffenen dringende finanzielle Unterstützung und nicht eine Datensammlung, deren Ziel unklar ist.

Derek Richter (SVP): *Ich vergleiche das Postulat mit dem Künstler Urs Wehrli von Ursus & Nadeschkin. Urs Wehrli ordnet Dinge, die nicht geordnet werden müssen. Das Postulat der FDP will Daten ordnen, die nicht geordnet werden können. Wir wissen seit dem Jahr 2011, dass das Sexgewerbe eine sehr volatile Angelegenheit ist. Die Pop-up-Salons kommen und gehen teilweise innerhalb einer Stundenfrist. Es ist unmöglich, so etwas zu registrieren, aufzunehmen oder zu regulieren. Das Ganze würde in eine Sisyphos-Arbeit ausarten. STR Karin Rykart sagte es bereits und Alexander Brunner (FDP) sollte es mit seinem Blockchain wissen: Im Internet gibt es einen Teil, der nicht von den Suchmaschinen erfasst wird. Der Volksmund spricht dabei vom Darknet. Wie sollen dort Angebote erfasst, registriert und katalogisiert werden? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es entzieht sich auch meinem Wissen, warum ausgerechnet eine liberale Partei diese Art der Beamtenbeschäftigung beschliessen will. Das Einzige, dass damit kreierte wird, wäre ein Bürokratiemonster. Dazu sagt die SVP selbstverständlich Nein.*

Natalie Eberle (AL): *Aus dem Postulat wird man nicht schlau. Was genau soll gezählt werden? Welche Entwicklung soll im Bericht abgezeichnet werden? Soll die Anzahl der Freier, die Sexarbeitende aufsuchen, ermittelt werden oder wie viele die Onlineportale nutzen? Sollen die Pop-up-Angebote gezählt werden, die über das Internet beworben werden? Die Arbeit über das Internet zu bewerben, steht allen und somit auch Sexarbeitenden offen. Dazu kommt, dass die Erhebung von Daten aus Datenschutzgründen stets höchst fragwürdig ist. Zudem hilft es den Sexarbeitenden nicht, wenn sie, wie auch immer, gezählt werden. Es hilft ihnen nicht zum Schutz in ihrer Arbeit. Sie brauchen andere Unterstützungen, wenn es denn im Postulat darum geht, dass man Sexarbeitende unterstützt und ihnen hilft. Wie schwierig es für Sexarbeitende ist, hörten wir gerade von Simone Brander (SP): Der Entscheid des Regierungsrats führt zu gravierenden Problemen. Das Verbot stellt die Sexarbeitenden vor viel grössere Probleme.*

Ernst Danner (EVP): *Es sieht so aus, als ob wir als EVP die einzigen wären, die neben der FDP das Postulat unterstützen. Das Sexgewerbe ist sehr volatil, es verändert sich laufend. Es ist jedoch auch ein Faktum, dass wir in Zürich stets bei den Entwicklungen im Rückstand sind. Man sah dies beim Strassenstrich, wo schliesslich diverse Massnahmen ergriffen wurden. Man sah dies am Sihlquai, als ein grosses Theater entstand, bis die unsäglichen Sexboxen aufgestellt wurden und man dann glaubte, das Problem sei*

gelöst. Dass Prostitutionsangebote im Internet und auf den Social-Media-Plattformen zu finden sind, ist nichts Neues. Aber es hat sich selbstverständlich akzentuiert: Je weniger Strassenstriche und Kontaktlokale zu finden sind, desto mehr verlagert es sich aufs Internet. Das heisst, dass eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muss. Die Abhängigkeiten werden so grösser und damit auch die Ausbeutung. Es ist darum nicht vollständig zusammenhanglos, dass ein Bericht verlangt wird. Es wurde mehrmals erwähnt, dass das Arbeitsverbot ein Problem darstellt. Das ist so. Liest man aber das neue Buch von Aline Wüst «Piff, Paff, Puff.», dann muss festgestellt werden, dass eine grosse Mehrheit der Prostituierten einer Arbeit nachgeht, die man unverblümt als eine Form von Folter bezeichnen kann. Dann muss man sagen, dass eine Arbeit verboten wird, die einer Folter gleichkommt. Wo stehen wir dann als gute bürgerliche oder linke Mitmenschen, wenn unter uns so viele Frauen diese Tätigkeit ausüben und wir so tun, als ob es eine normale Tätigkeit wäre. Wir finden, dass es sich lohnt, dem genauer nachzugehen. Wenn der Bericht vorliegt und wir die Entwicklung vorwegnehmen können, dann können wir vielleicht ein wenig schneller sein zu erkennen, wie wir uns zukünftig verhalten sollen.

Alexander Brunner (FDP): Natalie Eberle (AL) hat es verstanden: Sie hat die richtigen Fragen gestellt. Diese Fragen habe ich alle auch. Aber wenn diese Fragen der Stadt gestellt werden, kennt niemand die Antworten. Das ist das Störende daran. Was hier im Saal gesagt wird ist, dass Sie die Antworten eigentlich nicht wissen wollen. Die einen sprechen von Darknet, die anderen von Schutz. Wenn früher aufsuchende Arbeit bei Flora Dora gemacht wurde, wusste man das und man konnte vorbeigehen. Das hat nichts mit Überwachung zu tun. Es ging um Themen wie Gesundheit, Missbrauch, Frauenhandel und finanzielle Probleme. Das gibt es alles heute nicht mehr durch die Digitalisierung. Viele sind Fans der Kleinsalons. Diese sind wegen der Digitalisierung möglich. Das ist das Problem: Ein grosser Teil, der nun über das Internet stattfindet und nicht mehr über den aufsuchenden Raum, wo die klassischen Nichtregierungsorganisationen arbeiten, verschwindet. Das wird von Ihnen, dem Stadtrat, den Workshops und der Arbeitsgruppe eigentlich gesagt. Wir entlassen sie in die Dunkelheit. Dort sollen sie machen, was sie wollen und wir wollen uns nicht darum kümmern, was sie dort machen, weil wir keine Daten haben und weil wir nicht wissen, wie man das macht. Der Clou ist, wenn man digital unterwegs ist und das bewirbt, muss man das so bewerben, dass Kunden gefunden werden können. Man wird dort fündig, wo das Angebot ist. Es sind schliesslich genau die Fragen, die Natalie Eberle (AL) stellte. Aber darauf erhält man bis heute keine Antwort. Der Stadtrat sagt, er mache etwas, sie sässen zusammen, aber er wisse nicht wirklich, wie man es machen müsste. Das ist ein Armutszeugnis. So hilft man den Frauen nicht.

Das Postulat wird mit 33 gegen 80 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat